

V0786/24

Weiterbeauftragung eines Sicherheitsdienstes in der Gemeinschaftsunterkunft Am Franziskanerwasser 11, 11a 11b, 17a (städtische Obdachlosenunterkunft)
(Referent: Herr Fischer)

Antrag:

1. Zur Gewährleistung der Sicherheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Bewohnerinnen und Bewohnern der Gemeinschaftsunterkunft Am Franziskanerwasser 11, 11a, 11b, 17, 17a wird ein Sicherheitsdienst im bisherigen Umfang für eine Dauer von zwei Jahren weiterhin beauftragt. Eingesetzt werden ausschließlich Mitarbeiter der Qualifikationsebene gem. LG 2c (Sachkundeprüfung gem. §34 a GewO). Eine Evaluierung der Maßnahme erfolgt vor Ablauf des Beauftragungszeitraums.
2. Zur Einhaltung der Unfallverhütungsvorschrift DGUV 23 wird in der Gemeinschaftsunterkunft Am Franziskanerwasser 11, 11a, 11b, 17, 17a ein Sicherheitsdienst im bisherigen zeitlichen Umfang, jedoch mit durchgängig zwei Mitarbeitern beauftragt. Eine Evaluierung der Maßnahme erfolgt vor Ablauf des Beauftragungszeitraums.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	21.11.2024	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	03.12.2024	Vorberatung
Stadtrat	17.12.2024	Entscheidung

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 21.11.2024

Herr Fischer berichtete, dass vor einem Jahr ein Sicherheitsdienst in der Obdachlosenunterkunft am Franziskanerwasser eingeführt worden sei und sich dadurch die Sicherheit merklich erhöht habe und es deutlich weniger Polizeieinsätze gebe. Er führte aus, dass der Sicherheitsdienst auch dazu beitrage Leben zu retten, indem z.B. im Winterhalbjahr nachts stark alkoholisierte Bewohner im Freien in den Laubengängen liegend gefunden und versorgt werden. Zudem habe sich die Situation für die untergebrachten Frauen verbessert, da Belästigungen zurückgegangen seien. Darüber hinaus gebe es weniger Sachbeschädigungen an der Immobilie und die Risikobewertung des Sicherheitsunternehmens zeige eine deutliche Verbesserung der Lage. Aufgrund der im vergangenen Jahr gewonnenen Erfahrungen schlage er vor, künftig auch tagsüber und damit durchgängig zwei Mitarbeitende des Sicherheitsdienstes dort zu beschäftigen. Denn ein Sicherheitsmitarbeiter allein könne in gefährlichen bzw. eskalierenden Situationen nicht direkt eingreifen, ohne sich selbst zu gefährden. Daher sehe auch die entsprechende Unfallverhütungsvorschrift den Einsatz von mindestens zwei Beschäftigten vor. Weitere Fragen könnten auch an den anwesenden Geschäftsführer des bisher beauftragten Sicherheitsdienstleisters, Herrn Krull gestellt werden.

Stadträtin Mader äußerte, dass es ihr aufgrund der vorherigen Diskussion und der aktuellen Situation nicht leichtfalle, den Vorschlag für einen zweiten Sicherheitsdienstmitarbeiter abzulehnen. Doch die CSU-Stadtratsfraktion werde diesem Vorschlag nicht zustimmen. Sie bittet darum, die Entscheidung zu überdenken und verweist auf die angespannte Haushaltslage. Stattdessen soll überlegt werden, das sozialpädagogische Personal aufzustocken, da hier ein grundsätzlicher Mangel bestehe.

Stadtrat Niedermeier bittet um einen Bericht von Herrn Krull des Sicherheitsdienstes.

Stadtrat Werner bittet darum heute keinen Beschluss zu fassen und weist darauf hin, dass die Arbeit des Sicherheitsdienstes Erfolg gezeigt habe und es auch für das sozialpädagogische Personal wichtig sei, da diese sich dann um weniger kümmern müssen und sich ihren Aufgaben zuwenden können. Weiter ist er der Meinung, dass bei diesem Thema das Wort Haushaltskonsolidierung nicht angebracht sei, denn es wurde überzeugend vorgelegt, welche Vorteile der Sicherheitsdienst habe. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Segerer teilt mit, dass die Stadtratsfraktion von B90 / Die Grünen den Antrag bereits vor der heutigen Sitzung für zustimmungsfähig erachtet habe. Hinzu käme, wie von Frau Prokop berichtet, die weiter steigende Verdichtung der Belegung in der Unterkunft „Am Franziskanerwasser“ und das dadurch künftig erhöhte Konfliktpotenzial. Sie denkt, es sei unverantwortlich, die Situation unverändert zu lassen, denn es gehe um die Sicherheit aller Beteiligten. Stadträtin Segerer widersprach der Idee von Stadträtin Mader, dass Sozialarbeiter als Ersatz für Sicherheitskräfte eingesetzt werden sollen, und erklärt, dass Sozialarbeiter nicht die Aufgaben von Sicherheitsfachkräften übernehmen können. Abschließend äußerte sie, dass es genügend Argumente gebe, um dem Antrag in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass nach Bitte von Stadtrat Werner nicht abgestimmt werde und die Beschlussvorlage zurück in die Fraktionen gegeben werde.

Herr Krull berichtet, dass am 21.06.24 die erste Risikobewertung durchgeführt worden sei. Dabei seien zwei kritische Risiken identifiziert worden, zum einen Leib, Leben und Gesundheit der Bewohner und des Personals sowie die Brandgefahr. Er erklärt, dass in den letzten 30 Tagen mehrere Vorfälle registriert worden seien, darunter Fälle von hilflosen Personen unter Drogeneinfluss oder mit Psychosen, Brandgefahren, Bedrohungen, Körperverletzungen und Hausfriedensbrüche. Herr Krull betont, dass es schwierig sei, die Eintrittswahrscheinlichkeit solcher Vorfälle zu minimieren, da es ständig wechselnde Bewohner gebe, keine Sanktionsmöglichkeiten bestehen und es sich um ein schwieriges Klientel handle. Daher konzentriere man sich auf die Minimierung der Schadenshöhe durch verschiedene Maßnahmen wie stündliche Rundgänge und erhöhte Präsenz. Abschließend erläutert er, dass die Berufsgenossenschaft vorschreibe, kritische Einsätze mindestens zu zweit durchzuführen. Eine Zusammenarbeit mit Betreuungskräften sei nur bei gemeinsamer Ausbildung und Training effektiv.

Frau Nehir weist darauf hin, dass sich das Klientel in den letzten Jahren stark verändert habe. Sie erklärt, dass es nun viele chronisch psychisch Kranke gebe, die nur kurzzeitig in der Psychiatrie behandelt und dann wieder entlassen werden. Ebenso sei das Hilfesystem des Bezirks und die Eingliederungshilfe schon lange nicht mehr ausreichend. Frau Nehir beschreibt, dass es für viele Betroffene schwierig sei, die notwendigen Diagnosen und Gutachten zu erhalten, um Hilfe zu bekommen. Des Weiteren äußert sie ihre Bedenken bezüglich der Sicherheit der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, und dass man es nicht verantworten könne, dass diese ohne Sicherheitsdienst arbeiten. 2017 habe es einen Totschlag gegeben und es gebe immer wieder gefährliche Situationen. Frau Nehir bittet eindringlich darum, dem Einsatz von Sicherheitsdiensten zuzustimmen, da es um die Sicherheit der Mitarbeiter und Bewohner gehe.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben.